

Gerhard Schröder – Kanzler der Massenarbeitslosigkeit.



Besser für die Menschen.



CDU

Arbeitsmarkt

Union bietet Pakt für Deutschland an

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder Untätigkeit gegen die Rekordarbeitslosigkeit vorgeworfen.

Nach einem Treffen mit der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion sagte sie, 5,2 Millionen Arbeitslose bundesweit und über eine Million in Nordrhein-Westfalen seien ein ▶

Briefwechsel der Vorsitzenden von CDU, Angela Merkel, und CSU, Edmund Stoiber, mit dem Bundeskanzler in der Dokumentation im Innenteil

■ Volker Kauder/Markus Söder: Kanzler Schröder kapituliert (S. 3)

■ Karl-Josef Laumann: Bankrotterklärung der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik (S. 5) ■ Ronald Pofalla: Katastrophaler Tag für Deutschland (S. 6) ■ NRW: Auf uns ist Verlass! (S. 7) ■ Günther H. Oettinger/Bernd Neumann: Zustimmung zu einer maßvollen Gebührenerhöhung (S. 8)

■ Elmar Brok: CDU für Beitrittsverhandlungen mit Kroatien (S. 9) ■ P. Paziorek: Kyoto-Protokoll fortentwickeln – Klimaschutzprogramm vorlegen (S. 10)

■ A. Schavan: „Weichen für bessere Bildung und nachhaltige Lernkultur sind gestellt“ (S. 11) ■ V. Kauder: Rot-Grünmachtarm (S. 12)

■ Hintergrund: „Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht“ (S. 12) ■ H. Heiderich: Künast attackiert Freiheit der Wissenschaft! (S. 13-14) ■ A. Merkel: Fischer hat seine Amtspflichten schwer verletzt (S. 13) ■ Aus der Bundestagsfraktion (Seite 13-16)

► trauriger Rekord. Es sei „vollkommen inakzeptabel, die Hände jetzt in den Schoß zu legen“. Die CDU kritisiere die Erklärung Schröders, er habe das ihm Mögliche getan, um die Arbeitsmarktreform nach vorne zu bringen. „Das reicht nicht“, betonte Merkel. Die Bundesregierung sende die falschen Signale aus.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag werde mit eigenen Vorschlägen Druck auf die Bundesregierung machen. Sie werde vor allem dagegen vorgehen, dass „unsinnige, arbeitsmarktfreundliche, beschäftigungsfeindliche Gesetze“ auf die Tagesordnung kämen wie zum Beispiel das Antidiskriminierungsgesetz. Die Unternehmen bräuchten bessere Rahmenbedingungen, sagte Merkel. Nötig sei unter anderem ein Programm für den Mittelstand und für niedrigere Energiepreise.

Der nordrhein-westfälische CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers erklärte, er sei entschlossen, die Landtagswahl



Jürgen Rüttgers und Angela Merkel

am 22. Mai zu gewinnen, um das Land nach 39 Jahren SPD-Herrschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Nötig sei eine andere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Unter anderem müssten alle Arbeitnehmer „wieder mehr arbeiten für dasselbe Geld“.

Die erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen haben die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, zum Anlass genommen, in zwei gemeinsamen Briefen an Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Zusammenarbeit im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit anzubieten.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333, Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €, Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

BaKanzler Schröder kapitulierte

Nach Bekanntwerden der Rekordarbeitslosigkeit haben CDU und CSU der Bundesregierung Tatenlosigkeit vorgeworfen und unverzüglich eine steuerliche Entlastung des Mittelstandes gefordert.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Union der Bundesregierung eine Zusammenarbeit bei der Durchsetzung einer Unternehmensteuerreform angeboten. „Wir sind bereit, mit Rot-Grün im Interesse der Menschen zusammenzuarbeiten“, sagte CDU-Generalsekretär Volker Kauder auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit CSU-Generalsekretär Söder im Konrad-



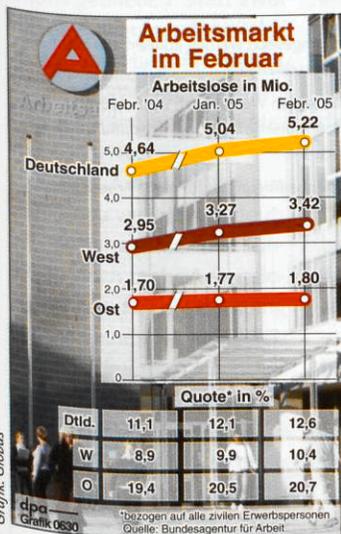
CSU-Generalsekretär Markus Söder und CDU-Generalsekretär Volker Kauder

Adenauer-Haus.

Volker Kauder forderte die Bundesregierung auf, umgehend Eckpunkte für eine steuerliche Entlastung des Mittelstandes vorzulegen. Der CDU-Generalsekretär hielt der Bundesregierung vor, kein Konzept zu haben, wie die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen sei. Die Politik von Rot-Grün sei durch „Planlosigkeit, handwerkliche Fehler und Ideenlosigkeit“ gekennzeichnet. Statt das Hauptproblem des Landes, die Arbeitslosigkeit, zu bekämpfen, beschäftige sich Rot-Grün mit sich selbst, sagte der CDU-Generalsekretär mit Blick auf den Streit zwischen Finanz- und Wirtschaftsminister über

eine neue Unternehmensbesteuerung. In Berlin regiere nicht der Kanzler, „in Berlin regieren Hilflosigkeit und Ratlosigkeit“, so Kauder. „Wir brauchen einen konsequenten Bürokratieabbau, Steuerentlastungen und eine zukunftsfähige Energiepolitik.“

Volker Kauder rechnete vor, dass allein in Nordrhein-Westfalen eine Million Menschen ohne Arbeit seien. Rot-Grün werde dafür die Quitung bei der Landtagswahl am 22. Mai bekommen, sagte der CDU-Generalsekretär. Dem Bundeskanzler hielt er vor, kapituliert zu haben und nichts zu tun. „Statt anzupacken, wartet Schröder ab“, sagte Kauder. Söder sagte die Unterstützung der CSU bei einer Reform der Unternehmensbesteuerung zu.



Arbeitslosigkeit

„Diese Regierung verweigert die Arbeit.“

5,216 Millionen Arbeitslose meldet die Agentur für Arbeit am 1. März 2005. So viele wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Pro Werktag gehen dem Land bis zu 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren.

Rot-Grün hat aufgegeben

- „An irgendwelche Beschäftigungsprogramme glaube ich nicht. [...] Wir bekommen die Arbeitslosigkeit nicht weg.“
Wirtschaftsminister Clement, FAZ 23. 3. 2003.
- „Die Nürnberger Zahlen nehme ich schon seit langem nicht mehr ernst.“
Wirtschaftsminister Clement, dpa 6. 9. 2003
- „Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan.“
Kanzler Schröder im Stern-Interview, 29. 12. 2004

CDU-Generalsekretär Volker Kauder: „Was diese Bundesregierung macht, ist glatte Arbeitsverweigerung. Und das ist in jedem Betrieb ein Grund zur fristlosen Kündigung.“

Anpacken statt abwarten

- Die CDU bietet einen „Pakt für Deutschland“ an. 10 Punkte, die sofort umgesetzt werden können, um mehr Arbeit und Wachstum zu schaffen. Mehr dazu unter: www.pakt-fuer-deutschland.de
- Die CDU wird keine Gesetze beschließen, die Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter zurückwerfen. Durch das rot-grüne Gesetz zur Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie werden bis zu 100.000 Arbeitsplätze vernichtet.
- Die CDU wird alle Politikfelder auf mehr Wachstum und bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze ausrichten.

Besser für die Menschen.

CDU

Bankrotterklärung der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik

Diese Regierung steuert Deutschland konsequent ins Abseits. Sozialdemokraten und Grüne betreiben in großem Stil Arbeitsplatzabbau und damit letztlich Sozialabbau:

■ Bei der Bundestagswahl 1998 gab es 3,9 Millionen Arbeitslose, heute sind es 5,2 Millionen – der höchste Stand seit Bestehen der Bundesrepublik.

■ Bei der Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten ist Deutschland „Weltmeister“ unter den OECD-Staaten (ifo-Standpunkt Nr. 61 vom 11.2.2005)

■ Die Hartz-Gesetze sind erfolglos geblieben. Statt zwei Millionen weniger Arbeitslose, wie von Hartz im August 2002 versprochen, haben wir 1,3 Millionen mehr Arbeitslose als 1998.

■ Billige Arbeitskräfte aus Osteuropa verdrängen deutsche Arbeitnehmer und führen zu noch mehr Arbeitslosigkeit und Lohndumping (Report-Sendung vom 28.2.2005, Stichwort Schlachthöfe).

■ Die Zahl der Erwerbstätigen sowie der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt stetig. Nur noch



Karl-Josef Laumann

26,49 Mio. Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Sommer 2002 waren es noch 27,6 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Seit Beginn der Hartz-Reformen haben wir also 1,1 Millionen Steuer- und Beitragszahler verloren.

■ Der massenhafte Visa-Missbrauch – ermöglicht durch rot-grüne Politik – bringt Tausende Schwarzarbeiter nach Deutschland. Der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf mehrere Milliarden Euro (ein Durchschnittsverdiener verdient etwa 30.000 € im Jahr, die hierauf entfallenden Sozialabgaben und Steuern in Höhe von gut 18.000 € gehen dem Staat und den Sozialversicherungen bei Schwarzarbeit verloren).

■ Nach neuesten Berechnungen (Welt, 28.2.2005) liegen bald nur noch Portugal und Griechenland in der europäischen Wohlstandsliga hinter Deutschland.

■ Für dieses Jahr ist nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 1% zu rechnen (Prof. Rürup im Morgenmagazin vom 1.3.2005)

■ Der Staat gibt immer mehr Geld für Soziales aus und hat dadurch immer weniger Spielraum für Investitionen. Seit 1998 sind die Sozialausgaben in ununterbrochener Reihenfolge schneller gestiegen als die Wirtschaftskraft. Die Sozialausgaben bezogen auf das Volkseinkommen betragen 2003 44,3%, 2,5 Prozentpunkte mehr als 1998 (knd vom 17.2.2005).

■ Hinzu kommt: Ausufernde Subventionierung erneuerbarer Energien, steigende Energiekosten für Verbraucher und Unternehmen, zusätzliche Bürokratie für Unternehmen durch ideologisch gefärbte Antidiskriminierungsvorschriften usw.

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

SCHRÖDER GIBT AUF

„Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan.“ *Gerhard Schröder, Stern, 29.12.2004*

Schon vergessen?

„Wir wollen uns jederzeit daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen“ *Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung 1998*

„Bis 2002 kann die Zahl der Arbeitslosen auf deutlich unter 3,5 Millionen sinken“ *Schröder im Mai 2000*

„Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin ernst. Mittlerweile mehrern sich aber die Zeichen, dass die ... Talsohle erreicht ist“ *Arbeitsminister Walter Riester (SPD) im März 2002*

„Wir haben jetzt den Scheitelpunkt der Arbeitslosigkeit in diesem Winter erreicht“ *Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) im März 2003*

„Die insgesamt verbesserte Entwicklung ist unübersehbar ... Wenn sich die positive Entwicklung verfestigt, kann die Zahl der Arbeitslosen im Herbst erstmals seit langem auf etwa vier Millionen sinken“

Clement im März 2004

Katastrophaler Tag für Deutschland

Noch nie seit Gründung der Bundesrepublik waren über 5,2 Millionen Menschen ohne Arbeit. Dassind über 5,2 Millionen schallende Ohrfeigen für Rot-Grün.

Wolfgang Clement ist und bleibt damit der Weltmeister der Arbeitslosigkeit. Er trägt als zuständiger Minister persönlich die Verantwortung für die höchste Arbeitslosigkeit seit mehr als 70 Jahren.

Verheerender kann eine Regierungsbilanz nicht ausfallen. Wolfgang Clement steht für das kolossale Scheitern dieser Bundesregierung. Wir brauchen endlich wieder Verlässlichkeit und Stabilität in der Wirtschaftspolitik. Dazu muss die Verunsicherung überwunden werden, die Rot-Grün in weite Teile der Bevölkerung getragen hat.

Denn ein großer Teil der Wirtschaftspolitik ist Psychologie. Vertrauen der Konsumenten und der Unternehmen ist das A und O einer erfolgreichen Wachstumspolitik. Was heute versprochen wird, muss morgen und übermorgen noch Geltung haben. Nur dann wird konsu-



Ronald Pofalla

miert und investiert.

Die Union hat Rot-Grün einen „Pakt für Deutschland“ mit ganz konkreten Maßnahmen angeboten, die sofort umgesetzt werden können und die dazu beitragen, die Wachstumsbremse zu lösen. Was wir von der Regierung dazu hören, ist ein stures Nein ohne jede Diskussionsbereitschaft. Das ist weder im Sinne der Arbeitslosen noch der Beschäftigten.

Ich fordere den Bundeswirtschaftsminister daher auf, umgehend die rot-grüne Blockadepolitik zu beenden und endlich seiner Verantwortung für Deutschland gerecht zu werden.

Ronald Pofalla ist Stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Landwirtschaftskongress der NRW-CDU

Auf uns ist Verlass!

Die knapp 50.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind das Rückgrat des ländlichen Raums, erklärte der Spitzenkandidat der CDU NRW auf dem Agrarkongress der nordrhein-westfälischen CDU in Soest.

„Für die CDU NRW sind die Bauern der Partner in der Landwirtschaftspolitik“, betonte Jürgen Rüttgers. „Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist mit über 500.000 Arbeitsplätzen eine der wichtigsten Branchen unseres Landes.“ Vor über 650 Gästen in der Soester Stadthalle bekräftigte der Landesvorsitzende, dass die CDU für „eine flächendeckende, nachhaltige und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft steht.“

Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel nahm die rot-grüne Landesregierung scharf ins Visier: „Man darf die Landwirte nicht weiter gegen den Rest der Welt ausspielen. Künast und Höhn entziehen der Landwirtschaft den Boden – wir vertrauen den Bauern.“ Merksel sprach sich gegen eine Bevorzugung bestimmter Bereiche in Landwirtschaft und Umwelt aus. „Wir brauchen eine Windenergie mit Au-

genmaß und eine Stärkung der Biomasseförderung.“

Sie sicherte Rüttgers für die Landtagswahl am 22. Mai die volle Unterstützung der

Bundespartei zu und forderte die Gäste auf, einen Regierungswechsel in Düsseldorf herbeizuführen. „Nur so kann Nordrhein-Westfalen wieder einen Spitzenplatz in Deutschland einnehmen.“

Der Vorsitzende des Agrarrausschusses der CDU NRW, Eckhard Uhlenberg, versicherte, dass die CDU nach der Landtagswahl wieder ein vernünftiges Klima zwischen Landwirtschaft und Politik herstellen werde. Insbesondere im Hinblick auf die Brüsseler Agrar-Richtlinien sei es dringend erforderlich, dass Deutschland wieder mehr Gewicht in internationalen Verhandlungen gewinne. Die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Marie-Luise Fasse, forderte, dass staatliches Handeln wieder



Jürgen Rüttgers und Angela Merkel

dafür Sorge tragen müsse, dass die Verbraucher in unseren immer komplexer und globaler werdenden Märkten größtmögliche Sicherheit und größtmöglichen Schutz genießen könnten. „Ideologische Grund- und Zielvorstellungen, wie sie Rot-Grün stets in den Vordergrund rückt, sind hierbei fehl am Platz“, so Fasse.

In der anschließenden Diskussion machte Rüttgers deutlich, dass die CDU NRW die einzige Partei sei, die ein eigenständiges Programm für die Land- und Fortwirtschaft erarbeitet habe: „Wir haben in unserer Politik immer deutlich gemacht, dass wir die Sorgen aller in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten ernst nehmen. Wir sorgen für frischen Wind in der Agrarpolitik. Auf uns ist Verlass!“

Zustimmung zu einer maßvollen Gebührenerhöhung

Im Anschluss an die Sitzung des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU Deutschlands erklären der Vorsitzende, Günther H. Oettinger, und der stellvertretende Vorsitzende, Bernd Neumann:

Der BFA Medienpolitik fordert diejenigen Landtage, die noch nicht abschließend über den Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag beraten haben, auf, dem von den Ministerpräsidenten der Länder unterschriebenen Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und damit einer maßvollen Gebührenerhöhung zuzustimmen.

Die Mitglieder des Bundesfachausschusses fordern Veranstalter, Vermarkter, Gerätehersteller und Regulierer dringend auf, die Digitalisierung der Rundfunkübertragung zu unterstützen und voran zu treiben. Notwendig sind insbesondere eine zwischen den Ländern, Landesmedienanstalten und Unternehmen abgestimmte bundesweit einheitliche Strategie, die mit der Einführung von digitalen Rundfunkübertragungssystemen zwangsläufig verbundenen Strukturveränderungen so-

wie eine breite Bewerbung der Vorteile.

Der Bundesfachausschuss Medienpolitik der CDU Deutschlands ist für die Beibehaltung der Medienaufsicht durch die Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der Landesmedienanstalten. Die Landesmedienanstalten werden aufgefordert, entsprechend der Protokollerklärung aller Länder zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, ihre noch nicht genutzten Rationalisierungspotenziale mit dem Ziel zu erschließen, eine Aufgabenerfüllung der Landesmedienanstalten über die am 31. Dezember 2008 endende Gebührenperiode hinaus finanziell zu sichern. Darüber hinaus müssen Strukturveränderungen mit dem Ziel fortgeführt werden, bundesweit einheitliche Zulassungsverfahren und eine einheitliche Aufsicht für bundesweite private Programme zu schaffen sowie die Digitalisierung der Rundfunkübertragungssysteme gemeinsam mit den



Günther H. Oettinger MdB



Bernd Neumann MdB

öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu fördern.

Der Bundesfachausschuss fordert die Bundesregierung, die Rundfunkkommission der Länder und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf, gemeinsam mit der EU-Kommission konstruktiv für den Erhalt eines zukunftsfähigen dualen Rundfunksystems zu arbeiten. Dafür müssen die EU – Kommission und die Bundesrepublik Deutschland aufeinander zugehen. Die Kommission muss die Besonderheiten des deutschen dualen Systems und dessen Finanzierung ebenso berücksichtigen, wie auf der anderen Seite der öffentlich-rechtliche Rundfunk bezüglich seiner Finanzierung für ein maximales Maß an Transparenz sorgen muss. Der BFA setzt zur weiteren Bearbeitung des Themas eine Arbeitsgruppe ein.

CDU für Beitrittsverhandlungen mit Kroatien

Der CDU-Bundesfachausschuss Europapolitik unter dem Vorsitz von Elmar Brok MdEP hat folgenden Beschluss gefasst:

Die CDU ruft den Rat der Europäischen Union auf, den Weg zu EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien ab dem 17. März 2005 frei zu machen. Kroatien erfüllt die hierfür notwendigen EU-Beitrittskriterien von Kopenhagen. Die kroatische Regierung hat glaubhaft die notwendigen Maßnahmen für eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) ergriffen. Insbesondere hat die kroatische Regierung glaubwürdig alles dafür getan, so bald wie möglich den letzten Angeklagten Gotovina ausfindig zu ma-



Elmar Brok MdEP

chen, um ihn nach Den Haag überstellen zu können. Die CDU fordert die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten dazu auf, die kroatische Regierung bei diesen Bemühungen uneingeschränkt zu unterstützen.

Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien ist von überragender Bedeutung für die Stabilität der Länder des Westlichen

Balkans, denen eine Beitrittsperspektive von der EU versprochen wurde. Die potentiellen Beitrittsländer müssen sehen, dass sich politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen von der Europäischen Union honoriert werden. Allerdings sollte die Europäische Union die EU-Beitrittsgespräche mit Kroatien mit der Bedingung verknüpfen, dass die kroatische Regierung auch künftig uneingeschränkt mit dem ICTY zusammenarbeitet. Sollte sich künftig nachweislich herausstellen, dass die kroatische Regierung diese Bedingung nicht mehr erfüllt, sollte sich die Europäische Union die Option vorbehalten, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien suspendieren zu können.

BSV-ABSTIMMUNG FÜR KREIS- UND LANDESVERBÄNDE

Zur Abstimmung der Auswertungen der Beitrags- und Spendenverwaltung (BSV) mit dem Ausweis der „Mitgliedsbeiträge“ und der „Mandatsträgerbeiträge und ähnlichen regelmäßigen Beiträge“ im Rechenschaftsbericht 2004,

ist im Mitgliedernetz (siehe unter: „Organisation/Parteiorganisation/Verträge und Finanzen) eine Excel-Tabelle („Ergänzende Auskünfte zur BSV-Abstimmung“) jeweils für Landesverbände und Kreisverbände eingestellt worden.



www.cdunet.de

Kyoto-Protokoll fortentwickeln – Klimaschutzprogramm vorlegen

Am 16. Februar 2005 ist das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten. Dies ist sicherlich ein historischer Schritt für die internationale Klimapolitik, an dem die Union einen maßgeblichen Anteil hat.

Es kann jedoch nur ein erster Schritt sein: Um eine Stabilisierung der Treibhausgasemissionen zu erreichen, muss das Kyoto-Protokoll fortentwickelt und qualitativ verändert werden. Klimaschutz ist keine Aufgabe, die sich im Alleingang bewältigen lässt. Vielmehr müssen die USA und andere bislang noch abseits stehende Industriestaaten, aber auch die Schwellen- und Entwicklungsländer in die Klimaschutzpolitik einbezogen werden.

Auch auf nationaler Ebene besteht kein Anlass, sich im Rausch der Kyoto-Feiern auf den Lorbeeren auszuruhen. Seit 1999 hat sich der Ausstoß des Klimagases Kohlendioxid nicht mehr verringert. Von dem noch unter einer unionsgeführten Bundesregierung vereinbarten Klimaschutzziel, die Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland bis 2005 um 25 Prozent zu



Peter Paziorek MdB

senken, hat sich Rot-Grün kurzerhand verabschiedet – obwohl dieses Ziel seinerzeit im Klimaschutzprogramm des Jahres 2000 ausdrücklich bekräftigt wurde.

Hier rächt sich, dass die rot-grüne Bundesregierung bislang weder ein tragfähiges Energiekonzept, noch ein schlüssiges Klimaschutzprogramm vorlegen konnte, das aufzeigt, wie die klimapolitischen Verpflichtungen erfüllt werden sollen. Bei der Altbausanierung, die entscheidend dazu beitragen könnte, im Klimaschutz voranzukommen, wurden kaum Fortschritte erreicht. Und noch weniger kann Rot-Grün die entscheidende Frage beantworten, wie ein Ausstieg aus der kohlendioxidfreien Kernenergie klimaverträg-

lich bewältigt werden soll.

Angesichts der verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt durch die Klimaveränderungen ist eine konsistente Klimaschutz-Strategie jedoch dringend erforderlich. Die Union setzt sich daher für eine effektive und wirtschaftlich verträglich Klimaschutzpolitik ein, bei der vorhandene Spielräume genutzt und Innovationen zum effizienteren Umgang mit Energie und Ressourcen vorangetrieben werden. Wir verfolgen eine Klima-Doppelstrategie: International die Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls zu einem Kyoto-PLUS-Abkommen, mit dem die Klimaschutzziele kosteneffizienter und flexibler erreicht werden können und national die konsequente Umsetzung einer klimafreundlichen Politik. Damit sollen die Voraussetzungen für eine ambitionierte und moderne Klimaschutzpolitik geschaffen werden, die sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene neue Maßstäbe setzt.

Peter Paziorek ist Vorsitzender des BFA Umwelt-, Natur- und Klimaschutz.

„Weichen für bessere Bildung und nachhaltige Lernkultur sind gestellt“

„Wir arbeiten an einem Bildungssystem, das internationalen Maßstäben gerecht wird.“

Dies erklärte Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan bei der Eröffnung der „Didac-ta“, Europas größter Bildungsmesse. Die „Didacta“ 2005 finde in einer Zeit der tiefgreifendsten Reformgeschichte des Bildungssystems in Deutschland statt. „Die Weichen für eine bessere Bildung und eine nachhaltige Lernkultur sind bereits gestellt“, betonte die Ministerin. Schavan verwies auf die Einführung von Bildungsstandards und die Evaluation des Unterrichtes.

Damit sei eine grundlegende Umsteuerung des Bildungswesens verbunden. Die Schulen würden vielfältiger in ihren Konzepten und zugleich vergleichbarer im Blick auf Ergebnisse. Wenn die Reformgeschichte im deutschen Bildungswesen erfolgreich sein solle, brauche es jedoch einen anderen Ton in den Bildungsdebatten. Schavan beklagte, „dass von herausragenden Leistungen, Originalität, Neugierde und besondere Eignungen kaum



Annette Schavan MdL

die Rede ist.“ Populärer seien Klagen über schwierige Kinder, Schulabsolventen, die nicht lesen, schreiben und rechnen können, über faule Lehrer, überforderte Eltern und unfähige Bildungspolitiker. Es brauche wieder mehr Vertrauen in die Begabungen junger Menschen und Freude an den Talenten von Kindern und Jugendlichen.

Integration

Bildungspolitik müsse zunehmend einen wirksamen Beitrag zur Integrationspolitik leisten. Darin sieht Schavan eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. „Nirgends entscheidet sich so viel über gelingende oder misslingende In-

tegration wie in der Schule“, betonte die Ministerin. Ausländische Jugendliche dürften nicht zu den Verlierern des deutschen Bildungssystems werden. Der Schlüssel für den schulischen Erfolg ausländischer Jugendlicher liege in der Sprache. Sprachförderung, die vor der Schule einsetze, sei deshalb zwingend. „Kein Kind darf den ersten Schultag erleben, ohne altersgerecht mit der deutschen Sprache umzugehen“, sagte die Ministerin. Sprache werde auch immer mehr zum Problem deutscher Kinder. Deshalb gewinne das Lernen in frühen Jahren an Bedeutung. Die Zeit zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr müsse als eine gute Zeit für frühes Lernen entdeckt werden. Es müssten neue Wege der Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen eingeschlagen werden. In einem Orientierungsplan für Bildung und Erziehung, wie er in einigen Bundesländern bereits existiere, könnten Eltern und Kindertagesstätten hilfreiche Impulse für die Begleitung von Kindern beim Lernen im Alltag erhalten.

Volker Kauder

Rot-Grün macht arm

Der Armutsbericht der Bundesregierung macht einmal mehr deutlich: Unter Rot-Grün werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher.

Seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Schröder ist die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land immer weiter auseinander gegangen – aller sozialdemokratischen Parteirhetorik zum Trotz. Tatsache ist: Rot-grüne Politik spaltet die Gesellschaft. Rot-Grün macht arm.

Das größte Armutsrisiko ist und bleibt der Verlust des Arbeitsplatzes. Eine wirksame Bekämpfung der wachsenden Armut in



Volker Kauder

Deutschland könnte also nur über die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingen. Hier hat Rot-Grün auf ganzer Linie versagt, wie der traurige Rekord von mehr als 5,2 Millionen Arbeitslosen beweist. In dieses triste Bild passt

auch die jüngste Studie des UN-Kinderhilfswerks Unicef. Danach nimmt auch die Kinderarmut in Deutschland dramatisch zu. In kaum einem anderen Industriestaat wuchs die Kinderarmut in den vergangenen Jahren derart stark.

Vor diesem bedrohlichen Hintergrund fordern wir den Bundeskanzler erneut auf, gemeinsam mit der Union ein Sofortprogramm gegen die Massenarbeitslosigkeit zu beschließen. Nur so lässt sich die wachsende Armut in Deutschland wirksam bekämpfen – im Interesse aller Menschen in diesem Land.

HINTERGRUND „ZWEITER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT“

Nach dem „Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht“, den die Bundesregierung beschlossen hat, ist die Kluft zwischen Arm und Reich seit 1998 größer geworden. Danach hat sich der Anteil der Armen in der Bevölkerung von 12,1 % im Jahr 1998 über 12,7 Prozent im Jahr 2002 auf 13,5 % im Jahr 2003 erhöht, das sind rund elf Millionen Menschen. Mehr als ein

Drittel der Armen stellen Alleinerziehende und ihre Kinder. Während das Risiko für Einkommensarmut unter den Älteren deutlich zurückgegangen ist, wird Arbeitslosigkeit immer mehr zur Hauptursache von sozialer Ausgrenzung. Das Armutsrisiko von Arbeitslosen stieg von 45,9 Prozent im Jahr 1998 auf 56,3 Prozent im Jahr 2003. Zudem sind dem Bericht

zufolge die Privatvermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt. Während die untere Hälfte der Haushalte 2003 nur über etwas weniger als vier Prozent des gesamten Nettovermögens verfügte, entfielen auf die obersten 10 Prozent knapp 47 Prozent. Die Zahl der verschuldeten Haushalte stieg von 2,77 Millionen im Jahr 1999 auf 3,13 Millionen im Jahr 2002.

Künast attackiert Freiheit der Wissenschaft!

Redeverbot für Wissenschaftler; Verbote zur Einreichung von Forschungsanträgen; Nötigung von Forschern, bereits bewilligte Forschungsprojekte nicht auszuführen; Anordnung, schon laufende Forschungsprojekte abzubrechen; persönliche Repressionen gegen einzelne Wissenschaftler:

Das ist kein Reisebericht aus einer „fernen Bananenrepublik“, das ist der aktuelle Umgang der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirt-



Helmut Heiderich

schaft, Renate Künast, mit Wissenschaft und Forschung in Deutschland, sobald diese das Feld Gentechnik betrifft.

Ein solches Verhalten einer Ministerin gegenüber den ihr unterstellten Ressortforschungseinrichtungen des Bundes kann und

darf nicht akzeptiert werden.

Es ist ein Angriff auf die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Wissenschaft. Es verursacht schweren Schaden für diese wichtige Zukunftstechnologie und für die Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Wenn der Bundeskanzler so wie die Bundesminister Bulmann und Clement ständig die Gentechnik als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts herausstellen, dürfen sie der Zerschlagung dieses Forschungsbereichs durch das Kabinettsmitglied Künast nicht länger tatenlos zusehen.

Sonst machen sie sich nicht nur persönlich lächer-

FISCHER HAT SEINE AMTSPFLICHTEN SCHWER VERLETZT

Zu den Äußerungen von Bundesaußenminister Joschka Fischer auf der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen erklärte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel:

Außenminister Fischer hat zugegeben, dass er durch sein Verhalten über mindestens drei Jahre dem Visa-Missbrauch Vorschub geleistet hat, ihn nicht eingedämmt und gestoppt hat, sondern im Gegenteil massenhaft ermöglicht und da-

mit ganz konkret Schwarzarbeit, Menschenhandel und Zwangsprostitution begünstigt

hat. Damit gibt er schwere Verletzungen seiner Amtspflichten über einen langen Zeitraum zu. Joschka Fischer hat dem Land geschadet. Wenn er noch einen Funken Selbstachtung hätte, dann wüsste er, was zu tun ist. Es



sind schon viele Minister wegen sehr viel geringerer Anlässe zurückgetreten.

Außenminister Fischer hatte klare Worte angekündigt, nach seinem Auftritt ist allerdings nur eines

klar: Er flüchtet sich auf Parteiveranstaltungen ins Pauschale, bleibt aber die Antwort schuldig, wann er vor dem Untersuchungsausschuss aussagen wird. Das werden wir ihm nicht durchgehen lassen.

lich, sondern opfern auch Deutschlands Zukunftschancen und Arbeitsplätze in dieser weltweit immer wichtigeren Technologie.

Helmut Heiderich ist der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bio- und Gentechnologie.

SPD verharrt in Reaktionismus

Die SPD zementiert weiterhin ihre rückwärts gewandten Ansichten zur Studienfinanzierung. Mit allen Mitteln sträuben sich die Sozialdemokraten, über eine zukunftsgerichtete Studienfinanzierung in Deutschland nachzudenken.

Deutschlands Hochschulen werden im internationalen Wettbewerb nur mithalten können, wenn sich alle, die von ihnen profitieren, an ihrer Finanzierung beteiligen. Der öffentliche Anteil der Finanzierung ist in den USA (0,9 Prozent BIP für tertiäre Bildungseinrichtungen) nicht höher als in Deutschland (1 Prozent BIP). Die USA-Hochschulen haben allerdings viel mehr private Mittel zur Verfügung und sind dementsprechend leistungsfähiger. Der private Finanzierungsanteil im Hochschulbereich lag 2001 im OECD-Mittel bei 0,3 Pro-



Katherina Reiche

zent am BIP, in Deutschland lediglich bei 0,1 Prozent.

Nach dem Verfassungsgerichtsurteil ist klar, dass in Deutschland Studienbeiträge eingeführt werden. Statt aber über die besten Modelle für moderate Studienbeiträge und ihre soziale Abfederung durch Darlehensmodelle zu beraten, sprechen sich die SPD-Fraktionschefs für einen Verschiebehahnhof aus. Sie wollen Geld für Studierende an ihren Hochschulen aus anderen Bundesländern. Sie vergessen dabei, dass durch einen Verschiebehahnhof keine müde Mark zusätzliches Geld an die deutschen Hochschulen kommt. Sie verkennen zudem, dass die Bundesländer unterschiedliche Beträge für die Studierenden ausgeben. In Baden-Württemberg sind es 2000 Euro mehr je Studierenden als in Rheinland-Pfalz. Deutschland hat einen Länderfinanzausgleich, ein

neues Ausgleichssystem ist nicht sachgerecht.

Katherina Reiche ist die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Krise der Sozialversicherungen ist nur gemeinsam zu lösen

Die positive Entwicklung der Finanzlage in der gesetzlichen Krankenversicherung ist der gemeinsame Erfolg von Union und Rot-Grün. Das im Konsens beschlossene Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) wirkt auch deshalb, weil die Union eine Reihe wichtiger struktureller Elemente durchsetzen konnte, die zu Kostensenkungen und Einnahmeverbesserungen beigetragen haben.

Die finanzielle Konsolidierung sichert nicht nur die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung, sie ist auch elementare Voraussetzung für eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Ohne das GMG wären die Kassenbeiträge und die Schulden weiter gestiegen. Dies hätte zur Rationierung medizinischer Leistungen und zu einer Zwei-Klassen-Medizin geführt. Eine solche Entwicklung wäre aus sozialer und gesellschaftlicher

Sicht fatal gewesen. Es war daher richtig, die Eigenverantwortung der Patienten in sozial verträglicher Weise zu stärken. Nachdem Patienten und Versicherte ihren Anteil beigetragen haben, sind jetzt aber auch die Krankenkassen gefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Beiträge zu senken.

Es zeigt sich einmal mehr, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der massiven Probleme in der Wirtschafts- und Sozialpolitik dann Erfolge vermelden kann, wenn sie sich auf eine Zusammenarbeit mit der Union einlässt. Deswegen sollte die Bundesregierung das Angebot der Union zu ei-



Wolfgang Zöllner

nem Pakt für Deutschland umgehend aufgreifen. Dies ist angesichts der dramatischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unausweichlich.

Wolfgang Zöllner ist Stellvertretender Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nachholbedarf bei DDR-Gedenkstätten

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat am 4. Mai 2004 einen Antrag zur künftigen Gedenkstättenförderung beschlossen, der Grundlage für eine öffentliche Anhörung im Kulturausschuss am 16. Februar 2005 war (Drs. 15/3048). Folgende Aussagen aus der Anhörung sind hervorzuheben:

- Ein gemeinsames Gedenkstättenkonzept für NS-Diktatur und SED-Diktatur ist sinnvoll und richtig.
- Es besteht Nachholbedarf bei den Gedenkstätten und Einrichtungen, die an die

250 TAGE EU-ERWEITERUNG

Seit Mai 2004 ist die EU um zehn Länder und 75 Millionen Menschen reicher.

Der Integrationsprozess zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten verlief bis jetzt geräuschlos. Ober aber auch problemlos lief, will der Berichterstatter für die EU-Osterweiterung im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Jürgen Klimke, von der Bundesregierung wissen. Eine Kleine Anfrage soll die Frage klären, wo wir 250 Tage nach der Erweiterung

stehen. „Wo müssen wir intensiv eingreifen und wo nur fein nachjustieren?“ fragt Klimke. Denn die Chancen, die sich durch die EU-Osterweiterung ergeben, müssen durch eine gezielte nationale Politik begleitet werden. In der Anfrage werden daher auch konsequent die Bereiche Handwerk, Medien und Informationstechnologie wie auch Landwirtschaft und



Jürgen Klimke

Tourismus abgefragt.

Die Themen Verkehrs-, Bildungs- und Schulpolitik runden die Kleine Anfrage ab. Klimke: „Wir können

nicht darauf warten, dass alles gut geht. Wie in jeder Partnerschaft muss der Alltag gemeistert und über Probleme gesprochen werden. Schließlich wollen wir ja miteinander und nicht nur nebeneinander her leben.“

SBZ-/DDR-Zeit erinnern. Exemplarische Gedenkstätten müssen institutionell gefördert werden.

■ Dem Bund kommt eine besondere Zuständigkeit bei der Erinnerungskultur zu. Er sollte Gedenkstätten beider deutschen Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts fördern, die von nationaler Bedeutung sind.

■ Es sollen keine grundsätzlichen Unterschiede bei der Förderung von Gedenkstätten der beiden deutschen Diktaturen gemacht werden.

Das „Gedenkstättenkonzept des Bundes“ von 1999 berücksichtigt beide deutsche Diktaturen, nicht erst der Antrag der CDU/CSU-Fraktion hat das gefordert.

Für ausgewählte Gedenkstätten von nationaler Bedeutung ist eine höhere Beteiligung des Bundes an den Bau- und Betriebskosten sinnvoll. Die Gedenkstätten müssen aber ihre Eigenständigkeit bewahren.

Die nun in die Zuständigkeit der Bundesregierung für Kultur und Medien fallende „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ ist ein möglicher Kristallisationskern für die künftige Erinnerung an das SED-Unrechtsregime. Deutschland muss die Aufarbeitung der SED-Diktatur als Bestandteil der gemeinsa-



Günter Nooke

men deutschen Nationalgeschichte verstehen. Die Unionsfraktion hat mit ihrem Antrag darauf aufmerksam gemacht, dass entsprechende Gedenkstätten stärker in den Fokus nationaler Gedenkkultur gehören.

Zwei wichtige Kriterien, die hierfür erfüllt sein müssen, werden im Antrag genannt: Die Gedenkstätte befindet sich an einem Ort von herausragender historischer Bedeutung; und sie verfügt über ein spezifisches, unverwechselbares Profil, das sich auf die Authentizität des Ortes gründet.

Die Aufgabe besteht nun darin, konkrete Orte für eine Bundesförderung zu benennen, die Entwicklungen der vergangenen Jahre zu bewerten und die Ergebnisse in ein zukunftsgerichtetes Gesamtkonzept der Gedenkstättenförderung des Bundes unter Einbeziehung aller Beteiligten zu fassen.

Die Anhörung hat gezeigt, dass die Union mit ihrem Antrag den ersten wesentlichen Schritt dazu getan hat.

Günter Nooke ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.



WEB-TIPP

Für Ihre Arbeit vor Ort hat die Bundestagsfraktion folgende umfangreiche Dokumentationen erstellt:

- „Rot-grüne Visa-Politik als Sicherheitsrisiko“ unter <http://www.cducusu.de/upload/visaklaeden050214.pdf>
- „Ergebnisse des Vermittlungsausschusses (Stand: Februar)“ unter <http://www.cducusu.de/upload/vao50217.pdf>
- „Positionspapier zur Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Stand: Februar)“ unter <http://www.cducusu.de/upload/verbraucher050216.pdf>

Weitere umfangreiche Informationen zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie auf **www.cducusu.de**

Bestellschein > CDU-Kalender

arvato logistics services
 – IS-Versandzentrum –
 Postfach 1162
 33759 Versmold

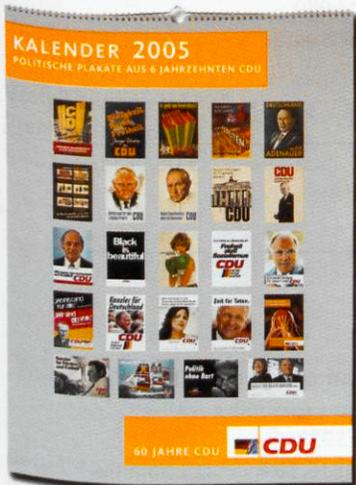
Fax 05241/8 04 18 92

Verkauf nur noch bis Ostern!

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Bestell- Nummer	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamt- preis
			(ohne MwSt.)	(inkl. MwSt)	
	9183	CDU-Kalender	2,53 4,22	2,90 4,90	



Kalender
 Hochglanzbilderdruck
 im Superformat
 49 x 65 cm
 jeder Monat mit
 2 Plakatmotivseiten

Bestell-Nr. **9183**
 Preis je Kalender: **4,22 Euro**
 inkl. MwSt.: **4,90 Euro**

**Jetzt
 4.90 €**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-804 1892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Datum, Unterschrift



Broschüre „Viel bewegen Mitglied werden.“

Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: **5076**

Preis je **50 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €



Aufnahmeantrag

mit abtrennbarem Abfragebogen für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: **6719**

Preis je **200 Stück: kostenlos**

Aufnahmeantrag

Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**

Preis je **200 Stück: kostenlos**



Leporello „Willkommen in der CDU“

Bestell-Nummer: **5932**

Preis je **100 Stück: 16,50 €**

inkl. MwSt.: 17,66 €

Leporello „Integration fordern und fördern“

Bestell-Nummer: **2195**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



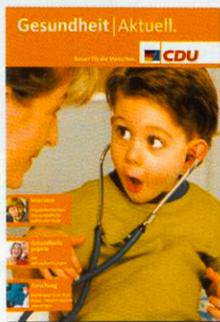
**Broschüre „Wir müssen mehr für Deutschland tun.“
 Angela Merkel**

Bestell-Nummer: **5942**
 Preis je **100 Stück: 20,00 €**
 inkl. MwSt.: 21,40 €



Zeitschrift „Gesundheit Aktuell“

Bestell-Nummer: **1191**
 Preis je 50 Stück: **11,50 €**
 inkl. MwSt.: 12,30 €



Leporello „Die Gesundheitsprämie der CDU“

Bestell-Nummer: **2188**
 Preis je 50 Stück: **10,46 €**
 inkl. MwSt.: 11,19 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Aktionszeitung, Bundesausgabe 1/2005

- Texte und Argumente im bewährten Format

Bestell-Nummer: **1013**

Preis je **250 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de